

Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere



# Sessionsvorschau

Wintersession Ständerat

Publikationsdatum: 17.11.2022





## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>		<b>3</b>
<b>Ratsgeschäfte</b>		<b>4</b>
09.528 — Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus	<b>Annahme</b>	4
22.3893 — OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung	<b>Annahme</b>	4
22.022 — Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz	<b>Anpassung</b>	4
22.3388 — Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen	<b>Anpassung</b>	5
22.4053 — Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren	<b>Annahme</b>	5
21.4471 — Präventionskampagnen gegen Gewalt	<b>Annahme</b>	6
22.3021 — Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie	<b>Annahme</b>	6
22.3392 — Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen	<b>Annahme</b>	6
22.025 — Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag	<b>Fristverlängerung</b>	7
<b>Impressum</b>		<b>8</b>



## Editorial

Die Digitalisierung der Verwaltung und die Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand – dies sind zwei der Themen in der kommenden Wintersession, die für die urbane Schweiz von grosser Bedeutung sind. Gerne präsentieren wir Ihnen im Rahmen dieser Sessionsvorschau die Haltung des Schweizerischen Städteverbands zu ausgewählten Geschäften.

Der vermehrte Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben steht bei den Städten im Zentrum der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung. Der Städteverband unterstützt dabei die Minderheit Gmür-Schönenberger: Vereinbarungen mit Gemeinden oder Gemeindeorganisationen sollen möglich sein, vorausgesetzt die betroffenen Kantone wurden vorgängig angehört. Der Städteverband setzt sich zudem für die Parlamentarische Initiative Humbel (M-E/AG) und eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) ein. Wesentlich ist dabei für die Städte der Miteinbezug der Pflegeleistungen (EFAS plus), weil nur so Fehlanreize im System wirklich behoben werden und die Pflegefinanzierung fairer ausgestaltet werden kann. Daneben unterstützen die Städte Vorstösse für einen Bericht zu den Auswirkungen der OECD-Steuerreform und zur Erweiterung der Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen.

Die Position des Städteverbandes zu diesen und weiteren Geschäften finden Sie in der vorliegenden Sessionsvorschau. Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel  
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



## Ratsgeschäfte

**09.528** Parlamentarische Initiative Humbel (M-E/AG)

### **Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus**

Donnerstag, 1. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Der Städteverband setzt sich für eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) ein. Besonders wesentlich war dabei für die Städte stets der Miteinbezug der Pflegeleistungen (EFAS plus), weil nur so Fehlanreize im System wirklich behoben werden und die Pflegefinanzierung fairer ausgestaltet werden kann. Der Nationalrat hatte eine Integration der Pflege in EFAS noch abgelehnt. Die SGK-S schlägt dem Ständerat jetzt vor, die Pflege zu integrieren. Es soll von Anfang an klar festgelegt werden, wann die Pflege, die insbesondere auch von Spitex-Organisationen und in Pflegeheimen erbracht wird, in die einheitliche Finanzierung einbezogen wird. Die Kommissionsmehrheit schlägt vor, diesen Schritt vier Jahre nach Inkrafttreten der einheitlichen Finanzierung zu tun. Der Städteverband hat sich von Beginn weg für eine zeitlich gestaffelte, aber pragmatische Aufnahme der Pflege in EFAS eingesetzt und empfiehlt deshalb den Vorschlag der Kommission zur Annahme.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

**22.3893** Postulat WAK-SR

### **OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung**

evtl. Montag, 5. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Von der OECD-Mindeststeuer sind die Kantone unterschiedlich betroffen. Die Disparität zwischen den Kantonen wird jedoch aufgrund der Reform voraussichtlich zunehmen. Um eine zielkonforme Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung zu garantieren und eine umfassende Entscheidungsgrundlage zu erhalten, wird aus Sicht des SSV eine Auslegeordnung zu den finanziellen Auswirkungen der Reform auf die drei Staatsebenen benötigt. Es braucht zudem eine transparente Übersicht über die betroffenen Kantone und Anzahl Unternehmen, Szenarien zur Steuereinnahmentwicklung in den Kantonen (dynamische Effekte) und eine Analyse der Auswirkungen auf den Ressourcenausgleich.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, das Postulat anzunehmen.



22.022 Geschäft des Bundesrates

**Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz**

Montag, 5. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Der vermehrte Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben steht nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Kantonen, Städten und Gemeinden im Zentrum der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung und der diesbezüglichen Ausgestaltung der Beziehungen und des Austauschs mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern. Bei der Frage der Vereinbarungen über die technische und organisatorische Umsetzung der Zusammenarbeit beim Einsatz elektronischer Mittel (Art. 4, Abs. 4) unterstützt der SSV die Minderheit Gmür-Schönenberger: Vereinbarungen mit Gemeinden oder Gemeindeorganisationen sollen möglich sein, vorausgesetzt die betroffenen Kantone wurden vorgängig angehört.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage mit den aufgeführten Änderungen anzunehmen.

22.3388 Motion UREK-NR

**Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen**

Dienstag, 6. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Ein Wechsel auf klimafreundliche Heizungsanlagen soll durch eine Anpassung der Lärmschutzverordnung (LSV) einfacher möglich werden. Die Lärmemissionsbegrenzungen bei neuen ortsfesten Anlagen sind so weit zu begrenzen, als sie technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar sind. Die erzeugten Lärmemissionen sollen die Planungswerte nicht überschreiten, die bei der Erstellung neuer Luft/Wasser-Wärmepumpen einzuhalten sind. Der Städteverband setzt sich für klimafreundliche Heizsysteme unter Einhaltung des Vorsorgeprinzips ein. Demnach gilt es festzulegen, welche Geräte wo installiert werden. Damit sollen der Lärmschutz garantiert und allfällige Zielkonflikte verhindert werden. Die vom Bundesrat als Abänderung vorgeschlagene Vereinheitlichung und Vereinfachung ist in dieser Richtung voranzutreiben.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen anzupassen.



22.4053 Postulat Maret (M-E/VS)

**Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren**

Montag, 12. Dezember 2022

Ständerat

**Position:**

Die Umsetzung von Fuss- und Veloverkehrsprojekten im Rahmen der Agglomerationsprogramme ist im Vergleich zu Projekten anderer Verkehrsträger verzögert. Angesichts dessen, dass der Fuss- und Veloverkehr ein zentrales Element moderner urbaner Mobilität darstellt, ist dies problematisch. Die vom Postulat geforderte Auslegeordnung könnte die Gründe für die verzögerte Umsetzung auffindig machen und Lösungswege dagegen aufzeigen. Der SSV unterstützt deshalb dieses Postulat, das zu einer Förderung des Fuss- und Veloverkehrs beitragen dürfte, auch vor dem Hintergrund der Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über Velowege.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, das Postulat anzunehmen.

21.4471 Motion Funicello (SP/BE)

**Präventionskampagnen gegen Gewalt**

Montag, 12. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Die Motion beauftragt den Bund, regelmässig schweizweite Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Viele Städte sind im Zusammenhang mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Gewaltprävention aktiv und spezifisch in der Vorbeugung von häuslicher, sexueller und geschlechtsbezogener Gewalt tätig. Die Städte und Gemeinden würden nationale Präventionskampagnen begrüßen, die ihre eigenen Bemühungen zur Verhinderung von Gewalt unterstützen.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

22.3021 Motion WAK-NR

**Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie**

Dienstag, 13. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Aktuell darf die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredite (SGH) nur Darlehen an Betriebe in Fremdenverkehrsgebieten gewähren. Davon sind Hotels in Städten und Agglomerationsgemeinden bisher ausgeschlossen. Die Motion verlangt, dass auch städtische Individualbeherbergungsbetriebe (also Familienbetriebe) Darlehen der SGH aufnehmen können. Städte sind beliebte Ausflugsziele und generieren schweizweit am meisten Logiernächte. Dazu kommt, dass gerade der Städtetourismus stark unter der Covid-Pandemie gelitten hat. Der Städteverband befürwortet diesen Vorstoss, weil er eine unfaire Ungleichbehandlung beseitigt.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



22.3392 Motion SPK-NR

### **Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen**

Mittwoch, 14. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Die Motion beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass der Zugang zur beruflichen Ausbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers erleichtert wird. Insbesondere soll geprüft werden, die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbewilligung für die Dauer der beruflichen Grundausbildung herabzusetzen. Es soll geprüft werden, den benötigten bisherigen Aufenthalt von fünf auf zwei Jahre herabzusetzen. Ausserdem soll geprüft werden, dass auch junge Menschen einbezogen werden können, welche die obligatorische Schule in der Schweiz weniger als zwei Jahre oder gar nicht besucht haben. Weiter ist die Möglichkeit anonymisierter Gesuche zu prüfen. Der Städteverband hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach für entsprechende Lockerungen eingesetzt und empfiehlt die Motion zur Annahme. Abgewiesene Asylsuchende und Sans Papiers leben meistens in den Städten, und zwar längerfristig. Sowohl aus gesellschaftlicher als auch arbeitsmarktlicher Perspektive ist es sinnvoll, dass sie eine Ausbildung absolvieren können, wenn ihnen ein Arbeitgeber diese Möglichkeit gibt.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

22.025 Geschäft des Bundesrates

### **Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag**

Mittwoch, 14. Dezember 2022

Ständerat

**Position:** Erhaltung und Förderung der Biodiversität, insbesondere auch mit speziellem Fokus auf die Biodiversität im Siedlungsraum, sind ein wichtiges Thema für die kommunale Ebene. Kantone, Städte und Gemeinden sind durch das Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) verpflichtet, in intensiv genutzten Räumen für ökologischen Ausgleich zu sorgen. Der Städteverband unterstützt deshalb den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative, mit welchem Schutzgebiete qualitativ aufgewertet und untereinander vernetzt werden sollen. In Siedlungsgebieten sind grössere zusammenhängende Flächen für den ökologischen Ausgleich zentral. Um an geeigneten Orten Ausgleichsflächen realisieren zu können, braucht es die im Gegenvorschlag vorgesehene Sensibilisierung, Beratung und finanziellen Anreize für Eigentümer.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Fristverlängerung für die Biodiversitätsinitiative anzunehmen, damit für die Behandlung des Gegenvorschlags die nötige Zeit zur Verfügung steht.



## Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV  
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 356 32 32  
[info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)  
[LinkedIn](#)